



Presseerklärung vom 31. März 2008

Eine-Welt-Gruppen fordern
Reform des deutschen Vergaberechts!

Anhörung am 08. April im Bundeswirtschaftsministerium

Ist es verantwortbar, dass aus Kostengründen beim Bau einer Schule oder bei der Renovierung von Marktplätzen Steine zum Einsatz kommen, die von Kindern unter lebensgefährlichen Umständen in ausländischen Steinbrüchen bearbeitet wurden? Stehen Kommunen und Gemeinden hier nicht in der Pflicht, öffentliche Gelder sozial verantwortungsbewusst auszugeben?

Eine wachsende Zahl von Menschen interessiert sich heute dafür, unter welchen Bedingungen Produkte hergestellt werden. Nichtregierungsorganisationen machen auf menschenunwürdige Produktionsbedingungen aufmerksam und drängen auf die Einhaltung international verbindlicher Standards – zum Beispiel auf die Einhaltung der Kernarbeitsnormen der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO).

Staatliche Stellen sind in Europa wichtige Verbraucher, die rund 16% des EU-Bruttoinlandsproduktes ausgeben. Jahr für Jahr erteilen Bund, Länder und Kommunen in Deutschland Aufträge in Höhe von rund 250 bis 300 Milliarden Euro. Kommunen und ihre Einrichtungen benötigen beispielsweise Computer, Natursteine, Textilien, Nahrungsmittel, Blumen, Spielzeug oder Busse. Diese Produkte werden in der Regel über öffentliche Ausschreibungen beschafft. Bei der Auswahl geht es in der Praxis vor allem um die Funktionalität und den Preis – Nachhaltigkeitsaspekte bzw. die Einhaltung von Sozialstandards spielen oft nur eine untergeordnete Rolle.

Die in der „agl - Arbeitsgemeinschaft der Eine Welt Landesnetzwerke in Deutschland e.V.“ (www.agl-einewelt.de) zusammengeschlossenen Eine-Welt-Gruppen haben nun eine Publikation zum Thema herausgegeben und fordern das Bundeswirtschaftsministerium auf, bei der anstehenden Reform des deutschen Vergaberechts soziale Kriterien zu berücksichtigen.

In der neuen Publikation werden gute Beispiele von Kommunen bei der Integration sozialer und ökologischer Anliegen präsentiert. Es wird auch darüber informiert, wie unter den aktuellen Rahmenbedingungen auf europäischer und nationaler Ebene die Integration von Sozial- und Umweltstandards in öffentliche Ausschreibungen gestaltet werden kann. Ebenso thematisiert werden Probleme bei der praktischen Umsetzung sowie die Identifikation von weiterem Handlungsbedarf. In mehr als 100 Kommunen in Deutschland besitzen global-soziale Aspekte in der Beschaffung bereits einen hohen Stellenwert.

Dort setzen sich die kommunalen Verwaltungen mit den Auswirkungen ihres Handelns in anderen Teilen der Welt auseinander, haben Beschlüsse gegen den Erwerb von Produkten aus ausbeuterischer Kinderarbeit gemäß ILO-Konvention Nr. 182 gefasst (siehe www.aktiv-gegen-kinderarbeit.de / www.bayern-gegen-ausbeuterische-kinderarbeit.de) und übernehmen so globale Verantwortung. Die Einhaltung von Sozial- und Umweltstandards auch im Beschaffungswesen muss für die öffentliche Hand aufgrund ihrer Vorbildfunktion selbstverständlich werden!

So sehen auch die Vergabe-Richtlinien der Europäischen Union (2004/17/EG und 2004/18/EG) vor, dass öffentliche Auftraggeber zusätzliche Bedingungen für die Ausführungen eines Auftrags vorschreiben können. Dort heißt es: „Die Bedingungen für die Ausführung eines Auftrags können insbesondere soziale und umweltbezogene Aspekte betreffen.“ Leider hat die Bundesregierung den Einrichtungen der öffentlichen Hand bisher diesbezüglich keine Hilfestellung geboten, sondern die Umsetzung der EU-Vergaberichtlinien in nationales Recht verzögert. Diese hätten bis zum 31. Januar 2006 umgesetzt werden müssen. Federführend zuständig ist das Bundeswirtschaftsministerium, das am 03. März 2008 endlich einen Referentenentwurf vorgelegt hat, der im Rahmen einer Anhörung am 08. April 2008 im Bundeswirtschaftsministerium diskutiert wird.

Kontakt / Rückfragen:

agl e.V., Petra Leber
(Leiterin agl-Geschäftsstelle)
info@agl-einewelt.de,
Tel.: 0511 / 123 19 83

Eine Welt Netzwerk Bayern e.V.,
Dr. Alexander Fonari
(stellv. agl-Vorsitzender/Vorstand EWNB)
info@eineweltnetzwerkbayern.de,
Tel.: 089 / 350 40 796

Publikation:

Arbeitsgemeinschaft der Eine Welt Landesnetzwerke in Deutschland e.V. (agl) und Eine Welt Netzwerk Bayern e.V.:
„Sozialstandards in der öffentlichen Beschaffung. Grundlagen – Erfahrungen – Materialien“
Hannover und Augsburg 2008

Bezug (5.- + Versandkosten):

agl e.V., Hausmannstr. 9-10, 30159 Hannover, info@agl-einewelt.de

Hintergrund:

www.bayern-gegen-ausbeuterische-kinderarbeit.de
www.aktiv-gegen-kinderarbeit.de